



Nr. 34

29. August 2013

## Inhalt

[dbb Chef auf Demografie-Kongress:  
Öffentlicher Dienst braucht Anpassungen bei  
Personalpolitik und Infrastruktur](#) +++  
[dbb-Forderung an nächste Bundesregierung:  
Öffentlichen Dienst demografiefest machen](#) +++  
[Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013:  
Beamte legen im Ansehen der Bürger deutlich zu](#) +++  
[Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013:  
Vor der Wahl: Staatsdiener geben Rot-Grün den Vorzug](#) +++  
[Lehrkräfte Sachsen - Russ: Endlich Fortschritte erzielt](#) +++  
[Wildfeuer: Betreuungsgeld ist bittere Pille](#) +++  
[dbb jugend macht sich stark für Vielfalt in der Arbeitswelt –  
Umfrage und "Kulturen-Gespräch" sollen Praxis voranbringen](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BW spricht vom Ausverkauf der Fachverwaltungen](#) +++  
[Heraufsetzung der Pensionsaltersgrenze:  
dbb rheinland-pfalz sieht „Vertrauensbruch“](#) +++  
[dbb berlin begrüßt Entwurf der Urlaubsverordnung](#) +++  
[dbb-Landesbund: Saar-Kommunen müssen entlastet werden](#) +++  
[dbb brandenburg: Wettbewerbsfähigkeit leidet unter  
weiterer Kürzung](#) +++  
[Silberbach: „Bundesregierung muss Chaos an Flughäfen verhindern“](#) +++  
[DSTG-Bundsvorsitzender: Sparen an der Einnahmeverwaltung  
ist fahrlässig](#) +++  
[VBOB zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses –  
Teilumzug abgelehnt](#) +++  
[Bei Intervention in Syrien - DPoIG befürchtet erhöhte Terrorgefahr](#) +++

## Namen und Nachrichten+++

aktuell

## **dbb Chef auf Demografie-Kongress: Öffentlicher Dienst braucht Anpassungen bei Personalpolitik und Infrastruktur**

**(dbb) Der öffentliche Dienst in Deutschland braucht angesichts des „Tsunamis Demografie“ Anpassungen in zweierlei Richtung. „Ich sehe zum einen diese Notwendigkeit in der Personalpolitik, zum anderen für die historisch vorgehaltene Infrastruktur“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 28. August 2013 auf dem 8. Demografie-Kongress des Behörden Spiegel im dbb forum berlin. „Was davon ist künftig noch notwendig und wichtig?“**

Dauderstädt erinnerte daran, dass seit 1993 das Durchschnittsalter der in der Bundesverwaltung Beschäftigten auf über 45 Jahre gestiegen ist, dass in den nächsten zehn Jahren 23,5 Prozent – das sind über 700.000 – von ihnen altersbedingt ausscheiden und im öffentlichen Dienst schon jetzt 100.000 Fachkräfte fehlen. „Nachwuchsgewinnung wird bereits heute weder sektoral noch regional in erforderlichem Umfang geleistet“, so Dauderstädt.

Um den vom dbb vorgeschlagenen Demografie-Pakt mit Leben zu erfüllen, werde der gewerkschaftliche Dachverband unter anderem in einer umfangreichen Kampagne Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes vorstellen, kündigte Dauderstädt an. „Dafür nutzen wir die am weitesten verbreitete Schülerzeitung ‚Spiesser‘, denn wir haben großes Interesse daran, dass die jungen Leute die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erkennen.“

Zwar habe die Bundesregierung mit Fachkräftegewinnungsgesetz, Altersgeldgesetz und den Neuregelungen bei der Pflege schon einiges

getan, um die Konkurrenzfähigkeit des Arbeitsmarktes öffentlicher Dienst zu sichern. „Das ist aber nicht genug“, machte der dbb Chef klar. So müsse die Entwicklung in Krisenbereichen wie etwa dem öffentlichen Gesundheitsdienst zu denken geben, wo vor allem aufgrund schlechter Einkommensperspektiven die Zahl der Ärztinnen und Ärzte von 3.800 (1995) auf derzeit nur noch 2.370 gesunken sei. Auch die hohe Zahl öffentlich Beschäftigter, die die vorgesehene Altersgrenze nicht erreichen, stimme ihn besorgt, so der dbb Chef. „Es muss deutlich mehr dafür getan werden, die Älteren sinnvoll und in ihrer Gesundheit ungefährdet am Arbeitsplatz zu halten.“

Der 8. Demografie-Kongress Best Age (27./28. August 2013), für den der dbb Kooperationspartner war, widmete sich dem Thema „Land und Leute! Die Zukunft vor Ort gestalten“ und legte den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Bewältigung der demografischen Herausforderungen in den Kommunen. (01/34/13)

## **dbb-Forderung an nächste Bundesregierung: Öffentlichen Dienst demografiefest machen**

**(dbb) Als drängendstes Problem, das die Bundesregierung nach der Wahl anpacken muss, hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die demografischen Herausforderungen bezeichnet. „Die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre ist, den öffentlichen Dienst demografiefest zu machen. Wir müssen die Arbeit attraktiv gestalten, um auf dem Arbeitsmarkt Nachwuchs zu gewinnen, und es ist notwendig, dass bei der Anhebung von Altersgrenzen dafür Sorge getragen wird, dass Ältere überhaupt so lange arbeiten können“, sagte Dauderstädt dem „Neuen Deutschland“ (Ausgabe vom 28. August 2013).**

Nicht nur bei IT-Fachleuten oder Ärzten gebe es nicht genug Nachwuchs. „Das beeinträchtigt mittelfristig die gesamte Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Kurzfristig können immer weniger Beschäftigte den Versuch machen, das gleiche Leistungspensum zu erfüllen.

Das geht aber nicht auf Dauer. Deshalb fordern wir eine Anhebung der Ausbildungsvergütung und eine verlässliche Zusage, nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung auch übernommen zu werden. Wenn die Politik da nicht springt, werden sich die Nachwuchssor-

gen im öffentlichen Dienst multiplizieren und kaum noch zu bewältigen sein.“

Ein anderes Problem seien die „föderalen Zerfallerscheinungen bei den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst“, sagte Dauderstädt und führte als Beispiel die unterschiedlichen Regelungen bei der Übertragung des Tarifergebnisses der Länder auf die Beamten an. „Um hier Chaos zu vermeiden, müssen wir zu einem gemeinsamen Beamtenrecht zurückkehren und auch die Besoldung wieder einheitlich regeln. Am Tariftisch haben wir ähnliche Entwicklungen. Es gibt keine gemeinsamen Verhandlungen. In diesem Jahr waren die Länder dran, im nächsten Jahr verhandeln Bund und Kommunen. Das ist doch seltsam. Die Arbeitsbedingungen der kommunalen Beamten werden

über die Länder festgelegt, aber die Tarifbedingungen über den Bund. Diese Zerfallerscheinungen sollten durch einheitliche Strukturen im Besoldungsrecht und am Verhandlungstisch eingedämmt werden.“

Zu den Erwartungen an die Politik sagte Dauderstädt: „Wir sind skeptisch, und das gilt für alle Parteien: Welche Koalition auch immer die Regierung bildet, die Politiker werden sich mit Finanzproblemen, Schuldenbremse und ähnlichem herumschlagen. Wir erwarten bei Bund und Ländern schwierige Zeiten. Wir sind aber entschlossen, für unsere Interessen zu streiten und sie auch durchzusetzen – egal unter welcher Regierungskonstellation.“  
(02/34/13)

## **Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013: Beamte legen im Ansehen der Bürger deutlich zu**

**(dbb) Der öffentliche Dienst in Deutschland hat im Ansehen der Bürgerinnen und Bürger weiter zugelegt. „Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die ausgebaut werden muss und auch künftig nicht aufs Spiel gesetzt werden darf“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Vorstellung der diesjährigen „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ am 27. August 2013 in Berlin.**

„Die große Mehrheit der Behördenbesucher ist mit den Leistungen der Kolleginnen und Kollegen zufrieden“, konstatierte Dauderstädt. So geben 87 Prozent der Befragten an, dass sie von den Mitarbeitern freundlich behandelt wurden. 87 Prozent haben den Eindruck, dass die Mitarbeiter für ihre Tätigkeit gut ausgebildet und qualifiziert sind. 69 Prozent sagen, ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden. „Vor allem aber hält die übergroße Mehrheit der Deutschen (81 Prozent) eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich“, hob Dauderstädt hervor.

„In puncto Privatisierung sind sich die Bürger gleichfalls einig: 76 Prozent meinen, nur ein starker Staat kann vor den Auswirkungen einer ausufernden Globalisierung schützen und der Anteil derer, die für weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen sind, ist gegenüber den Vorjahren auf einen neuen Tiefpunkt von 12 Prozent gesunken“, so Dauderstädt weiter.

„Auch in der Kategorie 'Beamtenprofil' nehmen die positiven Bewertungen stetig zu, die negativen weiter ab“, stellte der dbb Chef fest. 79

Prozent finden die Beamten pflichtbewusst, 72 Prozent zuverlässig, 68 Prozent kompetent, während 6 Prozent sie als schlecht und 16 Prozent als überflüssig bezeichnen. „Im Vergleich zu unserer ersten Umfrage aus dem Jahr 2007 freut uns besonders, dass alle positiven Eigenschaften heute deutlich häufiger, alle negativen immer seltener genannt werden“, hob Dauderstädt hervor.

Wie bei den vergangenen Erhebungen wurde auch nach den Berufsgruppen mit dem höchsten Ansehen gefragt. Unangefochten steht im Berufe-Ranking der Feuerwehrmann auf Platz eins, gefolgt von Kranken- beziehungsweise Altenpfleger, Arzt, Erzieher und Polizist. Zu den „Gewinnern“ seit 2007 zählen „klassische Staatsdiener“ wie Müllmänner, Briefträger und Lehrer, aber auch „Beamte“ als solche. Verschlechtert hat sich dagegen das Ansehen unter anderen von Bankangestellten, Steuerberatern und Managern.

Die „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen“ zum Download: [www.dbb.de](http://www.dbb.de)  
(03/34/13)

## Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013: Vor der Wahl: Staatsdiener geben Rot-Grün den Vorzug

**(dbb) Wäre bereits heute Bundestagswahl, würde die CDU/CSU bei den öffentlich Bediensteten mit 36 Prozent die meisten Stimmen bekommen. Zweitstärkste Partei würden aber - nicht wie bei den Wahlbürgern insgesamt die SPD - sondern die Grünen: Sie erhielten 24 Prozent der Stimmen der Beamten und Tarifbeschäftigten, die SPD 22 Prozent. Zudem gäben 32 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten einer rot-grünen Koalition den Vorzug vor Schwarz-Gelb (15 Prozent).**

Das geht aus der aktuellen „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ hervor, die der dbb beamtenbund und tarifunion 2013 bereits zum siebten Mal beim Meinungsforschungsinstitut forsa in Auftrag gegeben hatte. „Die Wahlabsichten der Kolleginnen und Kollegen dürften manchen überraschen“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Präsentation der Umfrage am 27. August 2013 in Berlin fest. „Wer hätte gedacht, dass Beamte so grün sind?“

„Aber die Politik insgesamt muss sich von den Menschen im öffentlichen Dienst harte Kritik gefallen lassen. So sind sie mehrheitlich der Meinung, dass sich keine Partei ausreichend für eine weiterhin positive Entwicklung des öffentlichen Dienstes einsetzt - das meinen bei den Beamten 48, im Tarifbereich sogar 52 Prozent der Befragten. Schlechte Noten verteilen die Befragten auch beim Einsatz für eine

gute und gerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst. 50 Prozent der Beamten und 56 Prozent der Tarifbeschäftigten glauben dies von keiner Partei.“ Auch beim Einsatz der Parteien für mehr Anerkennung der Arbeit des öffentlichen Dienstes sehen die Befragten Defizite: Über die Hälfte (54 Prozent der Beamten, 55 Prozent der Tarifbeschäftigten) meinen, keine Partei Sorge am besten dafür.

dbb Chef Dauderstädt: „Statt den öffentlichen Dienst als Sündenbock für eigene Untätigkeit vorzuschieben, sollte die Politik endlich handeln: Wer trotz demografischen Wandels, Nachwuchs- und Fachkräftemangels auch in Zukunft einen gut aufgestellten, konkurrenzfähigen und verlässlichen öffentlichen Dienst will, muss für verbesserte Rahmenbedingungen sorgen. Sonst haben die Bürgerinnen und Bürger, also wir alle, das Nachsehen.“  
(04/34/13)

## Lehrkräfte Sachsen - Russ: Endlich Fortschritte erzielt

**(dbb) Bei den Gesprächen zwischen Gewerkschaften und Landesregierung über die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen sind am 28. August 2013 endlich Fortschritte erzielt worden. „Nachdem die Arbeitgeberseite eingeräumt hatte, dass ihr Vorgehen in den vergangenen Gesprächsrunden nicht in Ordnung war und wir dies akzeptiert haben, war der Weg frei für eine konstruktive Zusammenarbeit“, zog Willi Russ, Verhandlungsführer des dbb, eine erste Bilanz. „Wir haben substanzielle Fortschritte erzielt.“**

Vereinbart wurde, über ein Gesamtpaket mit drei Komponenten zu sprechen. So wird erstens ein Tarifvertrag für die Lehrkräfte auf Landesebene zum Thema Altersteilzeit verhandelt. Zweitens will das Land Sachsen in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) initiativ werden, um eine Entgeltordnung innerhalb der TdL auf den Weg zu bringen. Diese soll spätestens zur nächsten Einkommensrunde 2015 ausverhandelt sein. „Das war für uns immer ein Knackpunkt. Deshalb begrüßen wir

diesen Fortschritt besonders“, sagte Willi Russ, Fachvorstand Tarif und Zweiter Vorsitzender des dbb. „Über dessen Umsetzung werden wir mit Argusaugen wachen. Hier darf nichts versanden.“ Zudem soll drittens unterhalb tariflicher Regelungen über Maßnahmen gesprochen werden, die den Lehrerberuf in Sachsen attraktiver machen.

Die Gewerkschaften wollen ihr Forderungspapier bis Ende nächster Woche der Arbeitgeber-

seite überreichen. Bereits am 16. September 2013 soll dann bei einem neuerlichen Spitzen

gespräch konkret darüber verhandelt werden. (05/34/13)

## Wildfeuer: Betreuungsgeld ist bittere Pille

**(dbb) Jede zweite nicht berufstätige Alleinerziehende würde gerne arbeiten. Diesen Wünschen sollten Bundesregierung und öffentliche Arbeitgeber dringend nachgehen, fordert die dbb bundesfrauenvertretung. „Es fehlen geeignete Jobs mit flexiblen Arbeitszeiten und Telearbeitsplätze, die Alleinerziehenden eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen. Parallel dazu mangelt es aber auch vielerorts an erschwinglichen und qualifizierten Ganztagsangeboten in der Kinderbetreuung“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 26. August 2013.**

Eine besonders bittere Pille, die berufstätige Alleinsorgende zusätzlich schlucken müssten, sei das Betreuungsgeld. „Die neue Familienleistung erreicht nur jene Familien, die über ein Einkommen verfügen, dessen Höhe es dem erziehenden Partner erlaubt, überhaupt erst auf eine Berufstätigkeit zu verzichten. Wer allerdings allein für das Familieneinkommen sorgen muss, wird doppelt geschröpft. Anstatt einen Zuschuss für die dringend nötige außerhäusige Betreuung zu erhalten, müssen alleinerziehende Mütter und Väter auch noch

hohe Kosten etwa für die Kleinkindbetreuung aufbringen. Und das schmälert das meist ohnehin geringe Einkommen beträchtlich“, stellte Wildfeuer fest. Die Bundesregierung müsse hier realistische Angebote machen, die die Stellung alleinsorgender Eltern auf dem Arbeitsmarkt stärkt. Auch müsse der öffentliche Dienst sich seiner besonderen Verantwortung als Arbeitgeber bewusst werden und alleinerziehenden Müttern verstärkt Vollzeitstellen ermöglichen. (06/34/13)

## dbb jugend macht sich stark für Vielfalt in der Arbeitswelt – Umfrage und "Kulturen-Gespräch" sollen Praxis voranbringen

**(dbb) Gelebte Vielfalt im öffentlichen Dienst hat die Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, gefordert. „Wir haben das Thema 'Diversity' als Motto für 2013 auf unsere Fahnen geschrieben. Und das aus gutem Grund: Wer die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern will, muss Vielfalt gewährleisten“, sagte Kothe am 28. August 2013 in einem der Foren auf dem 8. Demografie-Kongress des Behörden Spiegel in Berlin. In diesem Jahr stand die Tagung unter dem Motto "Land und Leute! Die Zukunft vor Ort gestalten" und legt den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Bewältigung der demografischen Herausforderungen in den Kommunen.**

Unter dem Motto „dbb jugend goes diversity“ gehe es der dbb-Jugendorganisation nicht allein um die Erhöhung des Migranten-Anteils unter den Beschäftigten, machte Kothe deutlich. „Es geht uns um das Miteinander von Jung und Alt, von Mann und Frau, von Menschen mit und ohne Behinderung. Vielfalt schaffen und gewinnbringend nutzen - das ist die Devise.“ Die dbb jugend hatte deshalb kürzlich auch eine Umfrage zum Thema Vielfalt im öffentlichen Dienst gestartet. Von Hunderten Adressaten in Behörden und Verwaltungen will sie wissen, ob Diversity-Management ein Thema vor Ort ist, wie es im Team bewertet

wird und welche Ressourcen dafür zur Verfügung stehen.

In den öffentlichen Verwaltungen seien Menschen mit Migrationshintergrund im Verhältnis zum Anteil an der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert, so die Vorsitzende der dbb jugend. „Nicht nur Experten wissen inzwischen, dass es sinnvoll und zwingend notwendig ist, diese Zielgruppe verstärkt anzusprechen.“ Um herauszufinden, warum der öffentliche Dienst offenbar für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu wenig attraktiv ist, wird die dbb jugend am 29. August ein sogenanntes Kulturen-Gespräch mit Migrantenselbstorga-

nisationen führen. Kothe: „Wir wollen unter anderem wissen, wie diese Organisationen den öffentlichen Dienst sehen, welche Forderungen und Hemmschwellen es gibt, um den öffentli-

### **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

chen Dienst als Arbeitgeber zu wählen, und wie Vielfalt in diesem Bereich gelebt werden kann.“

(07/34/13)

### **BBW spricht vom Ausverkauf der Fachverwaltungen**

**(dbb) Der baden-württembergische Beamtenbund BBW hat mit Befremden auf Überlegungen der Landesregierung reagiert, jetzt auch noch die letzten Landesbeamten, die seit der Verwaltungsreform Dienst in den Landratsämtern tun, komplett in die Zuständigkeit der Landkreise zu überführen. „Wir betrachten eine solche Entwicklung mit großer Sorge“, kommentierte BBW-Chef und dbb Vize Volker Stich am 22. August 2013 die neuerlichen grün-roten Sparpläne.**

Für den Landeshaushalt scheint der Deal mit den Landräten attraktiv. Schließlich soll er aufgrund einer Effizienzrendite von 15 Prozent eine jährliche Ersparnis von rund 15 Millionen bringen. Für den BBW hingegen handelt es sich um den Ausverkauf funktionierender Fachverwaltungen.

Rund 1.500 Landesbeamte des höheren Dienstes wären von einer solchen Maßnahme betroffen. Es handelt sich dabei durchweg um Beamte in leitender Funktion, Ärzte bei den Gesundheitsämtern Spezialisten bei den Forst- oder Umweltbehörden - hochqualifizierte Fachleute, die in den technischen Fachverwaltungen die Richtung bestimmen. Sollte das Land durch den ins Auge gefassten Handel mit den Landräten in diesem Bereich seine Steuerungsmöglichkeiten aufgeben, befürchtet der BBW, dass die technische Fachverwaltung nachhaltig beschädigt wird.

Gründe dafür gibt es gleich mehrere. Zum einen machen die Landkreise kein Hehl daraus, dass sie Stellen im höheren Dienst abbauen und die Aufgaben an niedriger besoldetes Personal übertragen werden. Allein dies Sorge dafür, die Qualität der Fachverwaltungen zu schmälern, sagte BBW-Chef Stich. Zugleich verwies er darauf, dass solche Stellen in den Landratsämtern für hochqualifizierte Bewerber kaum noch interessant seien, weil es an Aufstiegsmöglichkeiten mangle. Damit verschärfe sich der Nachwuchsmangel für den öffentlichen Dienst noch zusätzlich, insbesondere auch für die Ministerien, die die Richtungskompetenz für die technischen Fachverwaltungen haben. Der Wechsel aus dem Landratsamt ins Ministerium, der heute problemlos funktioniert, werde durch die Kommunalisierung der entsprechenden Beamten nämlich verbaut.

(08/34/13)

### **Heraufsetzung der Pensionsaltersgrenze: dbb rheinland-pfalz sieht „Vertrauensbruch“**

**(dbb) Dass die rheinland-pfälzische Landesregierung die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Landes- und Kommunaldienst durch gestaffeltes Heraufsetzen der allgemeinen Pensionsaltersgrenze von derzeit 65 auf 67 Jahre verlängern will, hat der dbb rheinland-pfalz als „erneuten Vertrauensbruch“ gewertet.**

„Obwohl sich das in der laufenden Legislaturperiode überhaupt nicht haushaltskonsolidierend auswirken kann, schnürt Rot-Grün überraschend jetzt schon ein Paket aus Doppelhaushaltsentwurf und faktischer Pensionskürzung“, stellte der dbb Landesbund am 28. August 2013 dazu fest. „Für die Beamtinnen und Beamten bedeutet das nun gezündete Knallbonbon der Landesregierung eine weitere

massive Verschlechterung der `Geschäftsgrundlage´ ihres Dienstverhältnisses. Der Griff in die Taschen der Beamten und Versorgungsempfänger ist damit endgültig zum Markenzeichen der Landesregierung geworden. Das ist unerträglich“, stellte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz fest.

„Anhand des Koalitionsvertrags war klar, dass die Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze droht. Deshalb hatte der dbb rheinland-pfalz bei jeder Gelegenheit nachgefragt und bislang stets die Antwort erhalten, dass nach der umstrittenen gesetzlichen ‚5 mal 1 Prozent‘-Deckelung von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen im Landes- und Kommunaldienst 2012 bis 2016 ‚das Ende der Fahnen-

stange erreicht‘ und keine weiteren Verschlechterungen zulasten der Beamten geplant seien“, so Lenz: „Jetzt wird doch noch draufgesetzt. Die Halbwertzeit politischer Zusagen in Rheinland-Pfalz ist gering, vertrauensbildende Maßnahmen – und die wären zugunsten des immer stärker geschröpften öffentlichen Dienstes dringend nötig – sehen anders aus.“ (09/34/13)

## dbb berlin begrüßt Entwurf der Urlaubsverordnung

**(dbb) Der dbb berlin hat den Entwurf zur Änderung der Erholungsurlaubsverordnung befürwortet, der ihm von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Beteiligung vorgelegt worden war.**

„Mit dem Verordnungsentwurf wird der Anspruch auf Erholungsurlaub altersunabhängig auf einheitlich 30 Arbeitstage festgelegt. Damit wird dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 20.03.2012 Rechnung getragen, mit dem die im TVöD enthaltene altersabhängige Staffelung des Erholungsurlaubs für rechtswidrig erklärt wurde. Der dbb berlin begrüßt diese Regelung“, heißt es in der Stellungnahme vom 28. August 2013.

Auch die Festlegung, dass Beamtinnen und Beamte für die Jahre 2011 und 2012 einen Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen erhalten, finde die Zustimmung des dbb berlin. Der Berliner dbb-Landesbund regte zudem an, § 9 der Verordnung klarstellend dahingehend zu ergänzen, dass wegen vorübergehender Dienstunfähigkeit während des Urlaubsjahres nicht genommener Mindestjahresurlaub 18 Monate nach dem Ende des Urlaubsjahres verfällt. (10/34/13)

## dbb-Landesbund: Saar-Kommunen müssen entlastet werden

**(dbb) Der dbb saar fordert von den Parteien noch vor der Bundestagswahl ein klares Bekenntnis zum Schuldenabbau bei Bund, Ländern und Kommunen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse als einziges Instrument der Haushaltskonsolidierung bei Bund und Ländern reiche nicht aus, stellte dbb-Landeschef Ewald Linn am 27. August 2013 fest.**

„Ohne Abbau der über zwei Billionen Euro Altschulden der öffentlichen Hand und Zinsschulden von jährlich über 65 Milliarden Euro wird dieses Politikmanöver nicht zum Ziel führen. Das Saarland zahlt derzeit rund 500 Millionen Euro an Zinsen, das sind über 13 Prozent Anteil am Gesamthaushalt. Auch die saarländischen Kommunen leiden unter einem chronischen Schuldensoj“, so Linn.

Der einzig gangbare Weg aus der Verschuldungsfalle sei ein konsequenter Schuldenab-

bau, sagte Linn und forderte von der Politik Sondermaßnahmen, um die öffentliche Hand langfristig von den hohen Zinszahlungen zu entlasten. Dabei müsse der Bund vorrangig die Kommunen bei sozialen Leistungen entlasten und alle nominalen Haushaltszuwächse für die Schuldentilgung reservieren. „Derzeit nimmt Deutschland so viele Steuern ein wie nie zuvor. Die Politik muss jetzt handeln, nicht erst nach 2020.“ (11/34/13)

## dbb brandenburg: Wettbewerbsfähigkeit leidet unter weiterer Kürzung

**(dbb) Die Absicht der brandenburgischen Landesregierung, im neuen Besoldungs- und Beamtenversorgungsrecht den Verheirateten-Bestandteil des Familienzuschlags abzu-**

---

## **schaffen und den Kinder-Bestandteil des Familienzuschlags zu erhöhen, sieht der dbb brandenburg kritisch.**

Die Stärkung von Familien mit Kindern durch Erhöhung des Kinder-Bestandteils werde zwar vom dbb Landesbund begrüßt, hieß es am 26. August 2013. Der Verheirateten-Bestandteil im Familienzuschlag sei eine Besonderheit des Beamtenrechts und werde bundesweit gezahlt. Dessen Abschaffung würde die schon jetzt fehlende Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes des Landes Brandenburg weiter verstärken, erklärte der dbb Landesbund am 26. August 2013.

Dies werde ein weiterer Grund für Nachwuchskräfte sein, nicht in den Dienst dieses Landes

zu treten. So führe der fehlende Verheirateten-Bestandteil beispielsweise bei einem Polizeikommissar (Besoldungsgruppe A 9) zu einer Kürzung von rund fünf Prozent. Wenn sich Nachwuchskräfte für andere Dienstherren entscheiden, werde darunter die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger leiden. Der dbb brandenburg lehne den Wegfall des Verheirateten-Zuschlags schon deshalb ab.  
(12/34/13)

## **Silberbach: „Bundesregierung muss Chaos an Flughäfen verhindern“**

**(dbb) Nachdem das Europäische Parlament eine Vielzahl von Änderungen am Entwurf eines Liberalisierungsvorschlags für die Bodenverkehrsdienste vorgenommen hat, wird der Ministerrat über die Vorlage entscheiden müssen. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der komba gewerkschaft, Ulrich Silberbach, sieht die Bundesregierung in der Verantwortung: „Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl muss klar sein, dass die deutschen Regierungsvertreter im Rat bald über Fragen zu entscheiden haben, die nicht nur die soziale Lage von einigen tausend Beschäftigten betreffen, sondern auch die Sicherheit an unseren deutschen Flughäfen“, sagte Silberbach am 23. August 2013.**

Silberbach fordert die Bundesregierung auf, die weitere Marktöffnung im Bereich der Bodenabfertigung zu verhindern. „Die bereits erfolgte Ausweitung auf zwei Anbieter hat schon zu einer erheblichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt.“ Ein dritter Anbieter sei zudem nicht mehr sinnvoll in die Arbeitsabläufe einzubeziehen. Es drohe ein Verlust an Servicequalität und Sicherheit.

Die Verordnung soll, wenn sie in ihrer gegenwärtigen Form verabschiedet wird, zu einer weiteren Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste an europäischen Flughäfen ab einem jährlichen Verkehrsaufkommen von 15 Millionen Passagieren führen. Betroffen wären be-

sonders deutsche Flughäfen wie Fraport in Frankfurt am Main, wo die komba gewerkschaft viele Mitglieder hat. „Die Bodenabfertigung erfolgt nach hohen Qualitätsansprüchen und Sicherheitsanforderungen. Wer will ausgerechnet da Abstriche machen?“, fragte Silberbach. Er befürchte neben den schlechteren Arbeitsbedingungen und dem Verlust von Arbeitsplätzen massive Auswirkungen auf die logistischen Abläufe an den Flughäfen. „Die Fluggäste werden diesen vermeintlichen Fortschritt mit mehr Verspätungen und weniger Sicherheit bezahlen müssen“, prophezeite Silberbach.  
(13/34/13)

## **DSTG-Bundesvorsitzender: Sparen an der Einnahmeverwaltung ist fahrlässig**

**(dbb) Vor weiteren Einsparungen im öffentlichen Dienst hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler gewarnt. Es drohe ein „gnadenloses Kaputtsparen“, weil die Folgen der grundgesetzlichen Schuldenbremse derzeit fast ausschließlich von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu**

---



**schultern seien, sagte Eigenthaler auf dem Gewerkschaftstag des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der DSTG in Rostock. Dies habe in einer Einnahmeverwaltung, bei der jeder Beschäftigte durch seine Arbeit ein Vielfaches seines Gehaltes erwirtschaftete, verhängnisvolle Folgen für die gesamte Gesellschaft.**

Ferner stiegen die Anforderungen an den Einzelnen immer mehr; ständige Diskussionen um Organisationsänderungen, EDV-Neuerungen, Rechtsänderungen und Sparbeschlüsse wirkten „wie eine bleierne Motivationsbremse“. Indikator dafür sei auch ein Anstieg des Krankenstandes. Zudem sei bundesweit ein riesiges Nachwuchsproblem zu befürchten, da der öffentliche Dienst durch eine einseitige Sparpolitik an Attraktivität verliere. Dies sei ein schleicher Prozess, der sich bald verhängnisvoll auswirken werde, so Eigenthaler am 26. August 2013.

In Anspielung auf die jüngsten Probleme der Deutschen Bahn am Bahnhof Mainz sagte der

DSTG-Chef: „In den deutschen Finanzämtern gibt es seit Jahren ein Dauer-Mainz, nur interessiert sich kaum ein Politiker dafür.“ Eine Politik des Sparens sei in einer Einnahmeverwaltung „hoch fahrlässig“, säge sie doch am tragenden Ast eines geordneten Staatswesens. Eigenthaler wies darauf hin, dass die EU-Kommission von einem Betrag von bis zu 160 Milliarden Euro ausgehe, der dem deutschen Fiskus jährlich durch Steuerhinterziehung und durch aggressive Steuergestaltungsplanung durch die Lappen gehe: „Das Geld liegt sozusagen auf der Straße. Es muss lediglich durch eine viel schlagkräftiger auszustattende Steuerverwaltung aufgehoben werden.“ (14/34/13)

## **VBOB zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses – Teilumzug abgelehnt**

**(dbb) Der Verband der beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) hat zu dem am 22. August 2013 veröffentlichten vorläufigen Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses Stellung genommen. Der Bericht hatte schwere Versäumnisse der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden aufgezeigt. Vor allem die Rolle der Verfassungsschutzbehörden wird in dem von allen elf Abgeordneten fraktionenübergreifend getragenen Feststellungs- und Bewertungsteil kritisch beleuchtet. Zudem werden 47 Empfehlungen zur Veränderung gegeben.**

Dazu erklärte der VBOB-Bundesvorsitzende Hartwig Schmitt-Königsberg am 28. August 2013: „Die von Mitgliedern der Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘ begangenen Morde an elf Mitbürgern mit Migrationshintergrund haben zu einem großen Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in den Verfassungsschutz geführt. Unbestritten haben die Sicherheitsbehörden Fehler gemacht. Es besteht bis heute große Betroffenheit in der Belegschaft des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) darüber, dass es nicht gelungen ist, eine rechtsterroristische Zelle rechtzeitig zu enttarnen. Die berechtigte Kritik in der Öffentlichkeit und später auch aus dem Untersuchungsausschuss wurde bereits im Jahr 2011 – also bereits im Vorfeld seiner Konstituierung – zum Anlass genommen, erste Maßnahmen zur Optimierung der Abläufe in die Wege zu leiten. Im September 2012 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz einen aufwändigen Reformprozess gestartet, um Schwachstellen zu fin-

den, zu analysieren und interne Abläufe zu optimieren. Dieser Prozess beinhaltet auch die nunmehr veröffentlichten Empfehlungen des Ausschusses.“

Insgesamt sei der Reformprozess gut vorangekommen, so Schmitt-Königsberg. „Als wichtiger Meilenstein gilt die Wiedereinrichtung einer eigenständigen Abteilung 2 zur Beobachtung der Phänomene ‚Rechtsextremismus/-terrorismus‘. Damit einher gingen umfassende personelle Änderungen sowie eine Aufstockung des Personals aufgrund von Priorisierungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neu errichteten Abteilung 2 sind hoch motiviert und fachlich versiert. Sie verdienen für diesen Neuanfang einen uneingeschränkten Vertrauensvorschuss.“

Forderungen nach einem Umzug der Abteilung „Rechtsextremismus/-terrorismus“ nach Berlin oder gar nach Auflösung und Neukonzeption mit neuem Personal halte der VBOB für „nicht

sachgerecht", so Schmitt-Königsberg weiter. „Diese von Mitgliedern des Ausschusses veröffentlichten Forderungen sowie fortbestehende Zweifel an der demokratischen Überzeugung

der Kolleginnen und Kollegen im Bundesamt für Verfassungsschutz weisen wir entschieden zurück.“  
(15/34/13)

## Bei Intervention in Syrien - DPoIG befürchtet erhöhte Terrorgefahr

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) sieht eine steigende Gefahr von Terroranschlägen auf Deutschland zukommen, sollte ein Militärschlag gegen Syrien erfolgen. Die Sicherheitsbehörden wären zusätzlich gefordert, sagte der Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 27. August 2013 Handelsblatt Online.**

Ein Militärschlag gegen Syrien könnte eine Welle von Terrorakten weltweit auslösen, zeigte sich Wendt überzeugt. Zwar sei die deutsche Zurückhaltung hinsichtlich einer Beteiligung an einer Militärintervention in Syrien zu begrüßen und liege in der Tradition deutscher Bündnispolitik der vergangenen Jahrzehnte. „Das bedeutet aber nicht, dass Deutschland als Freund und Partner der USA und treuer Bündnispartner in der Nato von Terroristen geschont würde, wenn es dazu käme, Ziele für Vergeltungsanschläge zu suchen“, sagte Wendt. „Insofern würde in einer solchen Situation auch in Deutschland die Terrorgefahr zu nehmen, und die Sicherheitsbehörden wären zusätzlich gefordert.“

Umso wichtiger seien sowohl eine gut funktionierende Auslandsaufklärung als auch die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden, die im Vorfeld von Straftaten gefährliche Tendenzen aufspürten und im Zusammenwirken aller Kräfte Terroranschläge verhinderten, sagte Wendt weiter. „Durch die getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung in der Vergangenheit ist eine zentrale Informationssteuerung gewährleistet, deshalb sind die deutschen Sicherheitsbehörden erheblich besser aufgestellt, als noch vor einigen Jahren“, betonte der Polizeigewerkschafter.  
(16/34/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Um künftigen Entwicklungen bei der Versorgung gerecht zu werden, hat der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** in der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 28. August 2013) folgende Vorschläge ins Gespräch gebracht: „Ich kann mir zwei Dinge vorstellen“, sagte er. „Einmal eine Rückkehr zur Bundeseinheitlichkeit – von mir aus in einem ersten Schritt nur für die Versorgung - damit es keine Differenzen für die Pensionäre in den Ländern mehr gibt. Zweitens hielte ich es für einen konstruktiven Ansatz, dass Bund und Länder Beiträge in eine gemeinsame Institution abführen, um die Pensionskosten daraus zu finanzieren. Das bedarf aber einer verfassungsrechtlichen Absicherung. Wir stehen da unter Druck, auch weil wir in verschiedenen Ländern schon Zugriffe auf Rücklagen für die Beamtenversorgung erlebt haben. Sie sind ein Zeichen dafür, dass es bisher keine wirklich stabile Regelung gibt.“ Der dbb werbe dafür, die Föderalismusreform rückgängig zu machen, auch

wegen der Besoldungspreizung. „Wenn die Zuständigkeit wieder in Berlin zentralisiert würde, ließe sich dieser desaströse Bezahlungswettbewerb beenden.“

Das ganze Interview unter:  
<http://bit.ly/19Pxa9Q>

Ein klares Bekenntnis zum gegliederten Schulsystem hat **Volker Stich**, Landesvorsitzender des baden-württembergischen Beamtenbundes BBW und dbb Vize, abgegeben. Im Forum II „Potenziale ausschöpfen – Bildungssystem auf dem Prüfstand“ auf dem 8. Demografie-Kongress des „Behörden Spiegel“ sagte Stich am 27. August 2013 im dbb forum berlin: „Nicht ohne Grund erfährt das leistungsfähige Bildungssystem in Deutschland immer mehr Anerkennung.“ Auch die duale Bildung sei inzwischen als Vorbild interessant für Bildungsexperten aus aller Welt. Das bewährte Bildungssystem müsse weiterentwickelt werden, ohne „das Kind mit dem Bade auszuschütten“. Zugleich kritisierte Stich, von Hause

aus Gymnasiallehrer, den Trend einer zunehmenden Akademisierung. Am Ende stünden oft junge Menschen mit Abschlüssen, die nicht den Erwartungen des Arbeitsmarktes entsprächen. „Das können wir uns angesichts des drängenden Problems der Nachwuchsgewinnung nicht mehr leisten“, warnte Stich. Gebraucht werde „Bildung für jede Art von Begabung“ - von der Unterstützung der Schwachen bis zur Förderung von Hochbegabten.

Nach der Rede eines Grünen-Abgeordneten im Kieler Landtag, der mit einem direkten Vergleich zwischen Renten und Pensionen laut **Anke Schwitzer** erneut eine Neiddebatte entfacht hatte, erklärte die Landesvorsitzende des dbb schleswig-holstein am 27. August 2013: „Abermals wird so getan, als ob man diese beiden Statusgruppen miteinander vergleichen kann. Schlimmer ist jedoch, dass - wie so oft - wieder mit falschen Zahlen argumentiert wird.“ Die dbb-Landeschefin wies auch darauf hin, dass keine andere Berufsgruppe mehr zur Haushaltskonsolidierung beigetragen habe als die Beamtinnen und Beamten einschließlich der Versorgungsempfänger. Wenn nun die vorgesehene Anhebung der Pensionen erfolge, sei dies „mehr als gerechtfertigt“.

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat die Entscheidung des Finanzausschusses vom 22. August 2013 begrüßt, alle Absolventen der Fachhochschule Güstrow zum 1. Oktober 2013 in den Landesdienst übernehmen zu wollen. „Wir werten das als ein erstes Signal der Landespolitik, den Folgen des demografischen Wandels entgegenzutreten. Bereits seit mehr als zehn Jahren machen wir auf dieses Problem aufmerksam“, sagte dbb-Landeschef **Dietmar Knecht**. Erfreulicherweise scheine nun eine Sensibilisierung stattgefunden zu haben, denn es wurde sogar die Bereitstellung von zwölf zusätzlichen Stellen beschlossen. „Jungen Menschen wird damit gezeigt, dass sie auch nach einer erstklassigen Ausbildung berufliche Chancen in Mecklenburg-Vorpommern haben.“

Bis zu 20 Prozent mehr Mitarbeiter für Betriebsprüfungen brauchen die Finanzverwaltungen in den Ländern nach Angaben der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG). Selbst dann würden die Betriebe zwar nur alle paar Jahre geprüft, dafür aber gründlich, schreibt sueddeutsche.de am 27. August 2013

und zitiert den DSTG-Bundesvorsitzenden und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** mit den Worten: „Das Minus an Personal äußert sich darin, dass wir angehalten sind, Betriebsprüfungen schnell abzuhandeln, und nicht in die Tiefe gehen können. Gerade wenn internationales Steuerrecht angewendet werden muss, spüre man den Personalmangel. „Dabei sind es oft international agierende Unternehmen, die Steuern vermeiden, indem sie Gewinne ins Ausland verlagern“, so Eigenthaler.

Der am 28. August 2013 vorgestellte Bericht der Regierungskommission zur Überprüfung der Anti-Terror-Gesetze und zur Arbeit der Sicherheitsbehörden kommt nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) zu falschen Schlussfolgerungen. Der erste stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende **Hermann Benker** sagte: „Die Anti-Terror-Gesetze, wie sie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf den Weg gebracht wurden, haben sich bewährt. Trotz der anhaltend hohen Gefährdungslage in Deutschland hat es keinen Terroranschlag hierzulande gegeben. Anschlagpläne und -versuche wurden stets frühzeitig aufgedeckt oder verhindert. Das haben wir vor allem der hervorragenden Arbeit unserer Sicherheitsbehörden zu verdanken.“ Das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin bezeichnete Benker als „gutes Beispiel für die reibungslose Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten“. Niemand könne ernsthaft bezweifeln, dass das GTAZ wertvolle Informationen und Analysen auf ausreichend gesetzlicher Grundlage liefere. (17/34/13)